

## Lernprozesse.....

Hasko Hüning

Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September 2011 gehört die LINKE zu den Wahlverlierern. Sie sei noch einmal mit „einem blauen Auge“ davon gekommen, so der Landesvorsitzende Klaus Lederer bei einer Auswertung des Wahlausgangs im Landesausschuss der Partei am 23.9. 2011. Ob mit einem blauen Auge oder nicht, viel ärgerlicher ist, dass die Partei unter ihren Möglichkeiten geblieben ist. Und das nicht erst in diesem Jahr. In den letzten 10 Jahren hat sich die Wählerschaft der LINKEN in Berlin halbiert.

Bei der Debatte im Landesausschuss hat der Spitzenkandidat der Partei, Harald Wolf, als Erklärung für die Niederlage drei Gründe angeboten: Es gab keinen Rückenwind von der Bundesebene, der Wahlkampf sei inhaltsleer gewesen und, wie der Erfolg der Piratenpartei belege, der Wunsch des Wahlbürgers und der Wahlbürgerin nach mehr Transparenz in der Politik habe eine Glaubwürdigkeits- und Mobilisierungslücke bei der LINKEN sichtbar werden lassen. Gehen wir hier dem letzten Argument nach, denn dieser Aspekt dürfte eine Rolle spielen, soll über eine Neu-Erfindung der LINKEN nachgedacht werden.

Zunächst: SPD, Grüne und die Linke haben jeweils in Richtung Piraten zwischen 13T bis 16T Stimmen abgegeben. Viel bemerkenswerter jedoch ist, dass die Piraten aus dem Nichtwählerbereich für sich ca. 40T Stimmen mobilisieren konnten. Ihnen ist es gelungen, die seit Jahren wachsende Distanz der Wählerschaft gegenüber den Parteien aufzubrechen, Parteien, deren verstaubte politische Kultur offen zutage liegt und die zunehmende Hoffnungslosigkeit in Bezug auf gesellschaftspolitische Veränderungen insbesondere bei den unteren sozialen Schichten verbreiten. Die neuen Ansprüche der Menschen auf mehr Transparenz und Teilhabe in der Politik wurden/werden kaum bedient. Hier bildet(e) die LINKE in Berlin kaum eine Ausnahme.

Zur Wirklichkeit Berlins gehört, dass ca. 600T Menschen (400T. Erwachsene und 200T Kinder und Jugendliche) in unterschiedlicher Höhe zwar aber doch von staatlichen Transferleistungen leben. Das sind 21 Prozent der Bevölkerung unter 65 Jahren, die Arbeitslosigkeit (trotz ÖBS) liegt robust bei 13 Prozent, das Haushaltsdefizit der Stadt beträgt um die 60 Mrd. Euro.

Auf diesen gesellschaftlich problematischen Hintergrund bezogen sich die Piraten und thematisierten offensiv die alarmierende Wohnsituation („Mieterschutz ist Milieuschutz“) mit dem Ziel, die Position der Mieter gegenüber den Eigentümerinteressen zu stärken, prangerten die Erhöhung von Fahrpreisen als Mechanismus der Ausgrenzung von Menschen in prekären Lebensverhältnissen aus ihren sozialen Zusammenhängen an und plädieren daher mittelfristig für eine unentgeltliche Nutzung des ÖPNV und fordern letztendlich um Armut zu verhindern (nicht Reichtum) ein bedingungsloses Grundeinkommen als Teil der öffentlichen Infrastruktur zur Existenzsicherung und für ein Leben in Würde.

Mit Grundeinkommen, Mieten und Öffentlichem Nahverkehr sind in der Programmatik der Berliner Piraten zentrale Aspekte der Lebenswirklichkeit und des Alltagsbewusstseins vieler BürgerInnen angesprochen worden. Wie bei vielen engagierten Menschen in der gesellschaftlichen Linken soll auch bei ihnen die Einführung des

BGE die Lohnarbeit wie auch die Würde des Lebens der Einzelnen stärken. Angesichts der aktuellen Zementierung der kapitalistischen Ordnung geht es um eine Vergrößerung und Stabilisierung eigenständiger Gestaltungsräume für Arbeitslose und prekär Beschäftigte und ihre Familien. Allerdings finden sich auch bei den Piraten ähnlich wie bei anderen Befürwortern des BGE kaum Überlegungen zu einer gesellschaftlichen Transformationsstrategie, die auf die (in the long run) Aufhebung des Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital zielt. Ihre vorrangige Selbstpositionierung im bundesdeutschen Parteiensystem mit den programmatischen Schwerpunkten Internet, Datenschutz und Transparenz in Politik und Verwaltung als „links-liberale Grundrechtspartei“ lässt ein wie auch immer geartetes gesellschaftliches Projekt der Erneuerung oder gar des gesellschaftlichen Umbaus nicht erkennen.

Daher sollte die LINKE selbstbewusst in einen kritischen Dialog und solidarischen Streit mit den Piraten eintreten. Allerdings hat der Landesverband ein Problem, nämlich der dazu notwendigen Pluralität in der Partei und in der Abgeordnetenhausfraktion den gebührenden Raum zu geben. Die konstatierte Schwäche in der Mobilisierungs- und Kampagnenfähigkeit ist kein technisch-organisatorisches Problem, sondern hat mit der innerparteilichen Willensbildung und Debattenkultur zu tun, die selbst wiederum durch eine explizite Loyalitäts- oder auch top-down-Kultur dominiert wird. Das darf sich ändern.

## .....und Stimmungswandel

Die Berliner SPD hat, nachdem sie sich mit den Grünen über den weiteren Ausbau der Autobahn A 100 nicht verständigen können, die Koalitionsverhandlungen mit den Grünen abgebrochen und sucht nun die Koalition mit der CDU. Der SPD-Vorsitzende Gabriel kommentierte das Scheitern von Rot-Grün mit dem Hinweis, es sei z.Zt. schwierig, mit den Grünen eine moderne wirtschaftsfreundliche Verkehrs- und Infrastrukturpolitik als Grundlage des Wohlstands in Deutschland umzusetzen.

Dies überrascht – zunächst. Bis vor kurzem nämlich galt ein Bündnis aus Grünen und SPD als zukunftssträchteste Machtoption zur Ablösung der schwarz-gelben Bundesregierung mit Hilfe eines sozial-ökologischen Umbauprojektes. Doch die Stimmung im Land ändert sich. Das Stimmungshoch für die Grünen scheint überschritten, sie haben zur Berliner Abgeordnetenhauswahl zwar noch zugelegt, blieben aber deutlich unter den Erwartungen. Dies zeigt sich auch im Bundestrend: In der aktuellen Umfrage von Infratest dimap kämen die Grünen derzeit bei Verlusten von 3 Punkten auf einen Stimmenanteil von 17 Prozent.

Ein Hintergrund ist, dass die anhaltende Wirtschafts- und Schuldenkrise in der Bevölkerung zu einer spürbaren Verunsicherung führt. Ein große Mehrheit von 80% geht davon aus, dass der schlimmste Teil der Krise noch bevorsteht; und es gibt große Befürchtungen (73%), dass die Euro- und Schuldenkrise das Wohlstandsniveau bedroht; zudem machen sich mehr als die Hälfte der BürgerInnen (58%) Sorgen um ihre Ersparnisse. Zwar bewertet eine Mehrheit der Deutschen ihre persönliche wirtschaftliche Situation als immer noch positiv (67%), aber es gibt in der Langfristbetrachtung einen Trend zur Besorgnis: ein wachsender Teil der Bevölkerung ist besorgt (42%), dass sich ihre wirtschaftliche Lage innerhalb der nächsten Dekade verschlechtern wird.

Es kann festgehalten werden, dass die anhaltend negativen Meldungen aus dem Banken- und Finanzsektor immer noch für viele Menschen weit weg erscheinen und dass der Einfluss dieser Entwicklungen auf die persönliche Situation nur potenziell als bedrohlich angesehen wird. Solange offenbar der persönliche Lebensbereich als vorrangiges Ergebnis des eigenen Handelns interpretiert wird, solange stoßen Vorschläge für eine stärkere Regulierung oder gar für einen Umbau des ökonomischen Systems nicht unbedingt auf größere Resonanz.

Man kann es auch so formulieren: Offenbar scheint das Zutrauen in ein Projekt eines sozial-ökologischen Umbaus des Kapitalismus an Attraktivität verloren zu haben. Für große Teile der Bevölkerung geht es bei aller Skepsis gegenüber dem System der „sozialen Marktwirtschaft“ vor allem um eine Stabilisierung der bestehenden Verhältnisse und in dieser Logik auch der persönlichen Lebenssituation.

Dem sucht nun offensichtlich mit feiner Witterung für stabile Machtpositionen im Schröder'schen Sinne die Sozialdemokratie mit der Option einer Pflege der infrastrukturellen Grundlagen „unseres Wohlstands“ Rechnung zu tragen. Grüne Umbau- oder gar linke Regulierungs- und Transformationsprojekte des in die Krise geratenen Kapitalismus gelten einem solchen Kalkül eher als Störpotenzial.

(7.10. 2011)